



Stadt Bern
Gemeinderat

Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Schweizerische Städteverband
Frau Renate Amstutz, Direktorin
Monbijoustrasse 8
Postfach 8175
3001 Bern

Bern, 4. September 2019

E-Government-Strategie Schweiz 2020 – 2023; Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Amstutz
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Gelegenheit, zur E-Government-Strategie Schweiz 2020 – 2023 Stellung nehmen zu können.

Der Programmleiter E-Government der Fachstelle Digitale Entwicklung der Stadt Bern hatte bei der Erarbeitung der neuen E-Government Strategie die Möglichkeit, als Vertreter des Städteverbands im Planungsausschuss mitzuwirken. Für diesen aktiven Einbezug der Stadt Bern bei der Ausgestaltung der strategischen Rahmenbedingungen zur Weiterentwicklung von E-Government in der Schweiz bedankt sich der Gemeinderat.

1. Zum Entwurf E-Government-Strategie Schweiz 2020 – 2023

Der Gemeinderat ist mit der vorgelegten E-Government-Strategie Schweiz 2020 – 2023 einverstanden.

Die Stadt Bern begrüsst den Willen zur intensiveren Verknüpfung von behördenübergreifenden Services (Interoperabilität) und Daten (data-once). Dazu benötigen alle föderalen Ebenen eine verbindliche und klare E-Government-Architektur, die aufzeigt, wie die elektronischen Dienstleistungen und Daten koordiniert werden müssen. Dieses Anliegen soll eine hohe Priorität geniessen.

Für die Stadt Bern ist die Etablierung von Standards als verbindende Grundlage der E-Government-Services auf allen staatlichen Ebenen unabdingbar. Ohne gelebte Verbindlichkeit lässt sich das Potenzial der digitalen Technologien für die inklusive und nachhaltige Ausgestaltung der öffentlichen Dienstleistungen nicht nutzen. Ebenfalls prioritär sind die Förderung der Kooperation und die transparente Wissensverbreitung.

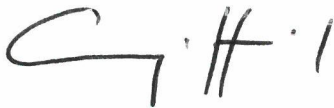
Zur umsichtigen Steuerung von Ressourcen und Finanzen müssen Städte und Gemeinden auf mehrere Jahre hinaus einen klaren Planungshorizont entwickeln. Dafür ist auf föderaler Ebene eine klare Projekt-Roadmap erforderlich. Wo sinnvoll, sind zentrale Beratungsangebote zu etablieren.

Städte und Gemeinden entwickeln ihre Dienstleistungen am Puls der Bevölkerung. Sie kennen die Bedürfnisse in allen zentralen Lebensbereichen und sind darauf angewiesen, integrale digitale Dienstleistungen erbringen zu können. Vor diesem Hintergrund arbeitet die Stadt Bern mit ihrer Portalstrategie auf eine One-Stop-Shop-Lösung hin, in der dank konsequenter Berücksichtigung der Standards die E-Government-Services aller Staatsebenen zugänglich gemacht werden können. Nutzende sollen sich nicht dafür interessieren müssen, welche föderale Ebene oder welches Webportal einen bestimmten Service bietet; vielmehr liegt der Schlüssel im gemeinsamen «E-Government-Hub», der über alle Plattformen eingebunden werden kann.

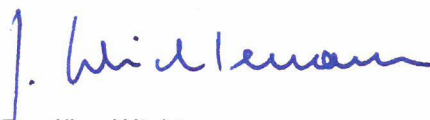
2. Zu den Änderungen an der öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz

Der Gemeinderat ist mit der vorgelegten öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz einverstanden.

Freundliche Grüsse



Alec von Graffenried
Stadtpräsident



Dr. Jürg Wichtermann
Stadtschreiber